

Informationen gemäß Artikel 13 und 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) aufgrund der Verarbeitung personenbezogener Daten

Im Zusammenhang mit den Aufgaben werden im Referat C10 der Abteilung B/C personenbezogene Daten verarbeitet.

Bitte beachten Sie hierzu nachstehende Datenschutzhinweise:

1. Angaben zum Verantwortlichen

Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist:

Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV)

Anschrift: DGZ-Ring 12, 13086 Berlin

Telefon: (030) 187030 – 0

E-Mail-Adresse: poststelle@badv.bund.de

2. Angaben zum Datenschutzbeauftragten

Die Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten lauten:

behördlicher Datenschutzbeauftragter des BADV

E-Mail-Adresse: datenschutz@badv.bund.de

3. Zweck/e der Verarbeitung

Das o.g. Referat ist im wesentlich zuständig für die Bearbeitung von:

- Anträgen zu unrechtmäßigen Vermögensverlusten der Familie Petschek aus der Zeit des Nationalsozialismus (1933 – 1945), die an den Entschädigungsfonds abgetreten sind; hierzu auch Zustimmung zu Veräußerungen und gütliche Einigungen
- Vereinnahmung von Ansprüchen des Entschädigungsfonds aus hinterlegten Ablöseträgen nach § 18b VermG, Sicherungshypotheken nach § 34 VermG sowie Ansprüche nach § 10 Abs. 1 Nr. 4 EntschG
- Einziehung von ehemals staatlich verwalteten Forderungen
- Auszahlung von Entschädigungen nach dem EntschG
- Prüfungen nach §§ 13 und 15 InVorG

4. Rechtsgrundlage der Verarbeitung

Artikel 6 Absatz 1 lit. e DSGVO i. V. m. § 3 Bundesdatenschutzgesetz (BDSG)

Eine Übersicht zu den wesentlichen Rechtsvorschriften, aus denen sich die jeweilige rechtliche Verpflichtung des BADV zur Wahrnehmung der unter Ziffer 3. genannten Aufgaben ergibt, finden Sie auf der Internetseite des BADV unter der Rubrik „Offene Vermögensfragen“.

5. Art und Herkunft der Daten

Es werden personenbezogene Daten verarbeitet, die selbst von Ihnen übermittelt worden sind. Zudem verarbeitet das o.g. Referat personenbezogene Daten, die es zulässigerweise von anderen Behörden, Institutionen und Archiven im Rahmen der Amtshilfe gem. § 27 Vermögensgesetz (VermG) erhalten habt. Hierzu gehören auch Auskünfte aus Archiven (z.B. Bundesarchiv, Landesarchiv Berlin, Brandenburgisches Landeshauptarchiv), Einwohnermeldeämter (bei unbekannter Adresse der betroffenen Person). Personenbezogene Daten werden zudem auch aus öffentlich zugänglichen Datenbanken erhoben und verarbeitet.

6. Übermittlung von personenbezogenen Daten

Im Zuge der Wahrnehmung der Aufgaben werden Daten für Abfragen bzw. Recherchen ggf. an folgende Stellen

innerhalb der Bundes- bzw. Landesverwaltung weitergegeben:

- Finanzbehörden (vgl. § 1 der Verordnung über Mitteilungen an die Finanzbehörden und andere Behörden und öffentliche Rundfunkanstalten)
- Bundeskasse
- Informationstechnikzentrum Bund (ITZ Bund)
- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI)
- Bundesministerium der Finanzen (BMF)
- Bundesrechnungshof (BRH)
- Bundesarchiv
- Landesarchive

außerhalb der Bundes- bzw. Landesverwaltung:

- Gerichte (im Rechtsmittelverfahren)
- Öffentlich zugängliche Datenbanken

7. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden sowohl in Akten als auch in automatisierten Dateien gespeichert.

Die personenbezogenen Daten werden nur solange gespeichert, wie es für die Erfüllung der Aufgabe erforderlich ist. Nach Ablauf der Aufbewahrungsfristen sind die Verfahrensakten gemäß (§ 5 Abs. 1 und 2 Bundesarchivgesetz (BArchG) grundsätzlich dem Bundesarchiv zur Verwahrung anzubieten und ggf. zu übergeben. Ansonsten werden die Verfahrensakten ausgesondert und unter Wahrung des Datenschutzes vernichtet. Die elektronisch gespeicherten Daten werden analog dazu gelöscht.

8. Ihre Rechte bezüglich der Verarbeitung personenbezogener Daten

Sie haben hinsichtlich der Sie betreffenden personenbezogenen Daten folgende Rechte:

auf Auskunft (Art. 15 DSGVO)

auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO)

auf Löschung (Art. 17 DSGVO)

auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)

auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO)

Widerspruch (Art. 21 DSGVO)

Ihnen steht zudem ein Beschwerderecht bei einer datenschutzrechtlichen Aufsichtsbehörde zu.